

Mit bestem Gruss  
vom Verfasser

## Wirtschaftliche Entwicklung und Disparität der landwirtschaftlichen Einkommen

Von Prof. Dr. Osk. Howald, Brugg/Zürich

Wenn man das «Annuaire de statistique agricole et alimentaire», Jahrbuch der FAO\*, aufmerksam durchgeht, so erhält man als Landwirt, der sich der besonderen Schwierigkeiten der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bewußt ist, einen großen Eindruck von der *Expansion der Landwirtschaft in den letzten 10 Jahren*.

Der *Index der gesamten Produktion* (Vorkriegszeit als 100 angenommen) erreichte in Westeuropa im Durchschnitt der Jahre 1948/52 erst 108 Punkte; er ist bis 1956/57 in vier Jahren auf 126 angestiegen. Die Vergleichszahlen für Nordamerika lauten auf 137 und 154 und für alle berücksichtigten Regionen auf 118 und 138. Günstiger ist das Bild für Westeuropa, wenn der Durchschnitt der Jahre 1948/52 als 100 angenommen wird. Seit diesem Jahrfünft ist die Produktion in Westeuropa um 18 % gestiegen, in Nordamerika um 12 %, in Lateinamerika um 19 % und für sämtliche Regionen um 17 %.

*Pro Kopf der Bevölkerung* stehen die Indexzahlen für Westeuropa auf 112 (bezogen auf 1948/52), für Nordamerika auf 101 und die ganze Erde auf 107. Beachtenswert sind die Unterschiede nach Ländern. Wo die Hektar-Erträge schon vor dem Kriege hoch waren und die kriegszeitliche Einbuße relativ niedrig, ist die Zuwachsrate naturgemäss weniger gross als in früher zurückgebliebenen Ländern. Für Oesterreich beträgt die Zunahme der Gesamtproduktion seit der Vorkriegszeit 14 %, für Finnland 40 %, Westdeutschland 21 %, die Schweiz

\* FAO : Annuaire de statistique agricole et alimentaire, 1957, Rome 1959.

15 % und für Schweden 12 %. Im Vereinigten Königreich (England), das besondere Aufwendungen getroffen hat, um seine Landwirtschaft zu fördern, ist die Zunahme 45 %. Italien mit 34 % ist ebenfalls bemerkenswert.

Die Unterschiede sind nicht ohne weiteres erklärlich; auch die Zufälligkeiten des Erntejahres 1956/57 spielen hinein (für die Schweiz war es z. B. ein ungünstiges Erntejahr, ebenso für Oesterreich). Auffallend ist die niedrige Zuwachsratespaniens mit nur 3 %, auch für Frankreich sind 17 % wenig.

Man kann 1000 q Weizen auf sehr verschiedene Weise erzeugen, d. h. mit einer sehr verschiedenen Produktionsmittelkombination: In der «Getreidefabrik» in Uebersee mit einer durchschnittlichen Ernte von nur 10 q pro ha, 1 Arbeitskraft und einem ansehnlichen Maschinenpark braucht es hierfür 100 ha; der Faktor Boden dominiert hier, während der Faktor Handarbeit in den Hintergrund tritt. — In der Bretagne mit bäuerlichem Grundbesitz wie auch in der Nordschweiz und in Oberösterreich usw., mit einer durchschnittlichen Ernte von 25–30 q je ha, braucht es 30–40 ha Fläche für 1000 q Weizen und ca. 5 Arbeitskräfte mit Pferden und relativ wenig Maschinerie. Der Faktor Arbeit steht im Vordergrund. — In der Normandie, in den fruchtbarsten Gebieten Frankreichs, ferner auch in der Westschweiz z. B., wo rund 40 q je ha geerntet werden können, benötigt man nur ca. 25 ha und 2 Arbeitskräfte, dafür eine grosse und kostspielige Maschinerie. — Es wäre jedoch durchaus unrichtig, sagen zu wollen, die eine oder andere Methode sei unrationell und überlebt; denn die optimale produktive Kombination der Produktionsfaktoren kann in jedem dieser Fälle richtig sein. Richtig ist sie dann, wenn jeder Produktionsfaktor desto sparsamer eingesetzt wird, um so höher dessen Preis sich stellt, und dass man dem billigsten Produktionsfaktor im Erzeugungsprozeß das quantitative Uebergewicht einräumt. Der billigste Produktionsfaktor ist in Amerika (USA und Kanada) der Boden, der teuerste die menschliche Arbeitskraft, während in Europa das Land teuer ist; dies ist schon durch seine natürliche Fruchtbarkeit bedingt. In Amerika ist es lohnend, 2 ha nebeneinander zu legen. In Europa legt man mit Vorteil 2 ha aufeinander, d. h. es wird intensiv gewirtschaftet und nicht extensiv.

Heute ist allerdings — wenigstens in den Industriestaaten — ein neuer Entwicklungstrend festzustellen: Es ist der Zug zur Betriebsvereinfachung. Man ist daran, die Betriebe übersichtlicher zu gestalten, den komplizierten Betriebsaufbau zu ent-

flechten und die Zahl der Betriebszweige einzuschränken, z. B. statt bisher 5 nur noch 1–2 Getreidearten anzubauen oder statt der bisherigen 3–4 Hackfruchtarten nur noch 2; die Nutztierhaltung auf einen einzigen Zweig zu konzentrieren, Milchvieh, Rindermast usw. oder unter Umständen sogar ganz aufzugeben und zur viehlosen Wirtschaftsweise überzugehen und damit ein Grundgesetz für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit preiszugeben.

In recht origineller Weise unterscheidet Bernd Andreae fünf Stufen der Betriebsvielfalt:

- a) marktwirtschaftlich orientierte Betriebe:
  1. der Monoproduktbetrieb
  2. der Spezialbetrieb
  3. der Verbundbetrieb
  4. der gewerbliche Veredlungsbetrieb;
- b) hauswirtschaftlich orientierte Betriebe:
  5. der Selbstversorgerbetrieb.

Der Monoproduktbetrieb gewinnt nur ein einziges Verkaufsprodukt. Daneben dürfen weitere Erzeugnisse anfallen, die aber entweder dem Boden einverleibt werden (Stalldünger, Gründüngung) oder vom Menschen nicht geerntet werden können, also nur Zwischenprodukte zum Verkaufserzeugnis sind.

Der Spezialbetrieb erzeugt entweder nur ein einziges Verkaufsprodukt, das aber über Zwischenprodukte hervorgebracht wird, oder er gewinnt mehrere Verkaufsprodukte, von denen dann eines mindestens 50 % der Verkaufserlöse liefern muß. Der Spezialbetrieb kann also — braucht aber nicht — mehr als ein Verkaufsprodukt hervorbringen. Er muß aber in jedem Falle über mehr als ein «potentielles» Verkaufsprodukt verfügen.

Der Verbundbetrieb gewinnt stets mehrere Verkaufserzeugnisse, von denen keines 50 % der Verkaufserlöse liefern darf. Das bedeutet, daß mindestens 3 Verkaufsprodukte vorhanden sein müssen. Die verbundene Produktion ist hier noch viel stärker ausgeprägt als beim Spezialbetrieb. — Verbundbetriebe sind z. B. die meisten Bauernbetriebe, soweit es sich nicht um Reb- güter (Monoproduktbetrieb) oder Milchwirtschaftsbetriebe mit Obstbau (Spezialbetrieb) handelt.

Der gewerbliche Veredlungsbetrieb ist eine Sonderform des Spezialbetriebes (man kann die Geflügelfarmen, Schweinemästereien usw. hierunter einreihen), wo der Boden sozusagen nur

noch Standort ist für Gebäude, Viehaufläufe, Wege, während auf die eigene Futterproduktion sozusagen gänzlich verzichtet wird.

*Selbstversorgerbetriebe* endlich sind eine Sonderform des Verbundbetriebes. Sie sind dadurch charakterisiert, daß die Verkaufserlöse weniger als 50 % der Bodenproduktion oder des Rohertrages ausmachen.

Einige Beispiele aus Amerika: Eine Ranch in Neumexiko, die Zuchttherden hält, und deren Produktionsziel lediglich 9 Monate alte Kälber sind, gilt als Monoproduktbetrieb; die ausgedienten Schlachtkühe sind Koppelprodukte der Kälberproduktion, und die spärliche Weidenarbe ist nicht von Menschen erntbar, also kein Verkaufsprodukt.

Anders verhält es sich mit einer Ranch im nördlichen Teil des Felsengebirges; sie hat auch nur extensive Weidegründe und kein Ackerland, verkauft aber Kälber, Magervieh, alte Kühe, Schaffleisch und Wolle. Hier handelt es sich in der Regel um einen Spezialbetrieb, oder auch um einen Verbundbetrieb, wenn mehr als zwei Betriebszweige maßgeblich beteiligt sind am Verkaufserlös.

Die einseitige Getreide-Brachwirtschaft, wie sie an der kanadischen Grenze anzutreffen ist, gehört ohne Zweifel den Monoproduktbetrieben an, ebenso eine Baumwollplantage im Mississippi-Delta, die nichts als Baumwolle produziert; aber auch eine Mastfarm im Maisgürtel, die ausschließlich Mastrinder und Mastschweine verkauft, ist solange als Monoproduktbetrieb aufzufassen, als die Schweinehaltung nicht den Umfang übersteigt, der notwendig ist, um in den Ausläufen die im Rinderkot vorhandenen unverdauten Maiskörner zu nutzen.

Es sind bei der *Gestaltung der Betriebsformen* verschiedene Kräftegruppen am Werke: Die eine Gruppe ist innerbetrieblicher Natur; sie wirkt in dem Bestreben, möglichst an Produktionskosten zu sparen, darauf hin, daß Betriebszweige, die sich arbeits-, dünger- und futterwirtschaftlich sowie im Hinblick auf die Ausnützung der Fruchtbarkeitsbedingungen des Bodens ergänzen, im Betrieb vereinigt werden. Diese Kräftegruppe zwingt zu einer möglichst vielseitigen Betriebsorganisation; die Betriebe sind auch Rohertrags-orientiert; sie werden nach dem Rohertragsprinzip bewirtschaftet (Geldrohertrag!). Das gilt insbesondere für die europäischen Familienbetriebe.

Andererseits sind differenzierende Kräfte wirksam, die es geraten erscheinen lassen, für die eine Produktion mehr diesen, für die andere mehr jenen Standort zu bevorzugen. Es sind Kräfte,

die zumeist von außen auf den Betrieb wirken, insbesondere die marktwirtschaftlichen und natürlichen Standortfaktoren und der Mangel an Arbeitskräften.

Und jedes Betriebssystem ist nun das Ergebnis des Ausgleiches zwischen den auf Vielseitigkeit drängenden Kräften einerseits und den nach Einseitigkeit trachtenden Kräften andererseits. Dadurch, daß bald mehr die eine, bald mehr die andere Kraft an Stärke gewinnt, kommt es zur *Ausbildung der verschiedenen Stufen der Betriebsvielfalt*.

In der Regel entspricht:

1. Der extrem-intensiven Landwirtschaft: die Monoproduktion (Weidewirtschaft, Getreidewirtschaft);
2. der arbeits-intensiven Landwirtschaft: die verbundene Produktion (Ackerbau, Wiesenbau, Viehhaltung);
3. der kapital-intensiven Landwirtschaft: die Spezialproduktion bzw. die gewerbliche Veredelungsproduktion.

Mit zunehmender volkswirtschaftlicher Verflechtung und der damit einhergehenden Konkurrenz um Produktionsmittel ist nun eine *Entwicklung von der extensiven Wirtschaftsweise über die arbeits-intensive zur kapital-intensiven* festzustellen, und die kapital-intensive Wirtschaftsweise geht vorwiegend in der Richtung der Spezialisierung und der Monoproduktion.

Aber damit werden im Kleinbetrieb die familienbestandesmäßig vorhandenen Arbeitskräfte oft zu wenig ausgelastet. Man kann die Leute nicht das ganze Jahr hindurch im Kartoffelbau und im Obstbau beschäftigen; bestenfalls noch im Weinbau.

Besser geht die *Spezialisierung auf viehwirtschaftlichem Gebiete*. Aber auch eine Monoproduktion mit Milchkühen würde keine genügende Auslastung der vorhandenen Familienkräfte bringen, auch nicht die Geflügelhaltung für sich allein oder die Schweinemast; das wäre nur möglich, wenn diese Betriebe z. B. auf 30 Kühe oder 1000 Hühner oder 30 Zuchtsauen ausgedehnt werden könnten. Damit tritt aber wieder eine große Risikoempfindlichkeit des Betriebes ein, zudem ginge die an sich immer noch billige Selbstversorgung mit anderen Erzeugnissen verloren. Die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe sind daher schon aus arbeitswirtschaftlichen Gründen, aus Gründen der Gewährleistung der Vollbeschäftigung gezwungen, mehrere zeitlich und räumlich gut aufeinander abgestimmte Betriebszweige zu pflegen. Immerhin müssen das nicht mehr 10 oder mehr sein, aber doch 5 bis 6.

In den *reinen Aufzuchtbetrieben im Bergland* haben wir seit langem sozusagen die Monoproduktion. Dort ist aus arbeitswirtschaftlichen Gründen nicht eine weitere Vereinfachung am Platze, sondern im Gegenteil eine Betriebsergänzung. Eine wertvolle Ergänzung zu einem Aufzuchtbetrieb im Gebirge ist die Schweinehaltung, namentlich die Schweinezucht. Auch eine moderne Geflügelhaltung kann in Betracht kommen, und in gewissem Umfange der Selbstversorger-Ackerbau, namentlich wenn dieser in Füllarbeit betreut werden kann, oder dann Neben-erwerb im Wald, an der Straße, in gewerblicher Heimarbeit, im Gastgewerbe und Sportbetrieben usw.

Die *Entwicklung* des landwirtschaftlichen, namentlich des bäuerlichen Betriebes, vom Selbstversorger-Betrieb zur eigentlichen Kleinunternehmung mit Marktproduktion und zum mehr oder weniger einseitigen Betrieb, hat nun aber zur Folge, daß *der Landwirt heute viele Produktionsmittel zukaufen muß*, zur Hauptsache aus andern Wirtschaftsbranchen (Industrie, Gewerbe), z. T. aber auch, was Futtermittel und Saatgut anbelangt, aus andern landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem aus Ueberseegebieten. Die Landwirtschaft wird damit *in doppelter Weise verflochten mit dem Markt*: beim Bezug von Produktionsmitteln und Bedarfsartikeln sowie beim Verkauf ihrer Erzeugnisse. So betragen die *Ausgaben der schweizerischen Landwirtschaft* bei einem Endrohertrag von gegen 3 Milliarden Franken:

Für Unterhalt und Reparaturen an Gebäuden und Maschinen	Fr. 330 Mio
für Kunstdünger, Pflanzenschutzmittel, Motortreibstoffe, Elektrizität	» 130 Mio
für Schuldzinsen an Banken und Privatgläubiger	» 260 Mio
für Futtermittel aus Industrie und Uebersee dazu kommen für Neuanlagen in Gebäuden, Geräten und Maschinen sowie Meliorationen	» 170 Mio

Zusammen also Ausgaben von rund Fr. 1100 Mio

Auch die bäuerliche Verbrauchswirtschaft ist heute zu mindestens  $\frac{2}{3}$  auf den Zukauf von Bedarfsartikeln aus andern Wirtschaftsbranchen eingestellt, die für die Schweiz nochmals etwa 600 Mio Fr. erreichen.

Bei all diesen Zukäufen steht aber die Landwirtschaft heute *nicht mehr einem freien Markt* gegenüber; sie kann nicht oder nur in sehr geringem Maße günstige Offerten ausnützen. Sie muß die Löhne nach Tarif und die Preise nach Bindungen be-

zahlen. Und da ist einmal mehr herauszustellen, daß *die besondere Marktsituation der Landwirtschaft durch die strukturelle Marktunterlegenheit des landwirtschaftlichen Anbieters gekennzeichnet ist*. Diese ist in der Abhängigkeit der Erzeugung von Boden und Klima begründet. Vorausplanung und Abstimmung der Produkte auf das momentane Marktgeschehen sind nur sehr bedingt möglich; der einzelne Landwirt kann das Angebot seiner Erzeugnisse nur sehr kurze Zeit zurückhalten, da er selbst in der Regel nicht lagern und nicht konservieren kann.

Der Absatzrückgang und die Einschränkung oder Umstellung der Produktion, wie das bei andern Produktionsarten in solchen Fällen geschieht, ist schwer oder gar nicht möglich. Das Ergebnis dieser ganzen Entwicklung ist die *Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie*. In einer St. Galler Dissertation \* macht *Rolf Schweizer* unter anderem eine Zusammenstellung über diese Einkommensdisparität in verschiedenen Ländern. So beträgt der Pro-Kopf-Anteil der Landwirtschaft in Prozenten des Pro-Kopf-Anteils der Industrie:

in USA	42 %	
in Kanada	58 %	
in Belgien	77 %	
in Dänemark	85 %	(relativ hohe Ziffern)
in Frankreich nur	29 %	
in Italien	37 %	
in Oesterreich	31 %	
in Westdeutschland	36 %	
in Holland	50 %	

Mit Ausnahme von Neuseeland und England besteht in allen Staaten, sowohl in hochentwickelten Neuländern wie in hochentwickelten Altländern und unterentwickelten Agrarländern, zwischen Landwirtschaft und Industrie *eine beträchtliche Einkommensdisparität*, bei der die Landwirtschaft der benachteiligte Teil ist. Die Verhältnisse sind von Land zu Land verschieden und es hält schwer, die *Unterschiede zu begründen*. Sie scheinen jedenfalls weder auf *den Entwicklungsstand* noch auf die geographische Lage einer *Volkswirtschaft* zurückzuführen zu sein, da in allen drei der eben erwähnten Volkswirtschaftsgruppen zwischen den einzelnen Ländern beträchtliche Schwankungen bestehen. — Schweizer schreibt: «Im weiteren ist man versucht, einen Zusammenhang zwischen der Größe des Anteils der in der Landwirtschaft Beschäftigten und dem Aus-

\* Schweizer Rolf: Die Einkommensdisparität zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. Verlag Kelter, Winterthur 1958.

maß der Einkommensdisparität zu suchen. Dabei zeigt es sich aber, daß Länder mit einem gleichen oder beinahe gleichen Beschäftigten-Anteil eine sehr unterschiedlich große Einkommensdisparität aufweisen, und Länder mit einem relativ großen Agrarsektor lassen sowohl eine große wie auch eine kleine Einkommensdisparität zur Industrie erkennen, wie bei einer Gegenüberstellung von Westdeutschland und Dänemark oder der Philippinen und Paraguay deutlich wird.»

Ein Vergleich zwischen Belgien und den USA ergibt, daß auch zwischen Ländern, deren Agrarsektor gleich stark reduziert ist, Unterschiede in bezug auf die Einkommensdisparität bestehen. Auch zwischen der Größe des Industriesektors und dem Ausmaß der Einkommensdisparität läßt sich kein Zusammenhang erkennen. Die bereits erwähnten Ausnahmen beziehen sich auf Neuseeland und England. In Neuseeland soll der Pro-Kopf-Anteil der Landwirtschaft 144 % des Pro-Kopf-Anteils in der Industrie betragen. Das ist darauf zurückzuführen, daß Neuseeland über geradezu maximale milchwirtschaftliche Produktionsverhältnisse verfügt. Mit viel billigem Boden, wenig Sachkapital (Stallungen sind nicht nötig) und mit wenig Arbeitsaufwand (arrundierte Höfe) kann sehr billig Butter erzeugt und exportiert werden. Es ist eine sehr hohe Arbeitsproduktivität vorhanden, wie man sie sonst nur noch in der «Getreidefabrik» und in der Weidemast antreffen kann. Der neuseeländische Farmer muß auch nur sehr wenig Produktionsmittel zu kaufen, und diese sind nicht so stark überteuert wie in europäischen Industriestaaten. Bei England — dem zweiten Land mit einem überparitätischen landwirtschaftlichen Einkommen — liegen die Dinge so, daß die Preisstützungen auf einem Niveau erfolgen, das bewußt über den effektiven Produktionskosten steht, denn man hatte in der Zeit des Devisenmangels ein großes staatliches Interesse, die einheimische Produktion, namentlich an Milch, Schweinefleisch und Eiern, zu steigern. Das ist durch Anreizpreise in dem Maße gelungen, daß im Spätwinter sogar in der Schweiz englische Eier zum Verkaufe gelangen mit ca. 10 Rappen Exportzuschuß pro Stück.

Es ist also schon so, wie Schweizer geltend macht, daß «die englische Landwirtschaft ihre günstigen Einkommensverhältnisse besonders großzügigen agrarpolitischen Maßnahmen verdankt, und man die Landwirtschaft aus sozialen, aber auch aus wehrpolitischen und devisenpolitischen Gründen in den Genuß eines überparitätischen Einkommens läßt, um eine weitere

Schrumpfung des Agrarsektors unter die heutigen 5 % der Beschäftigten zu verhindern».

Die Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie ist nicht erst neueren Datums; sie besteht schon seit der Frühzeit der Industrialisierung. Es ist aber zu erkennen, daß diese Erscheinung in den meisten Ländern im Zunehmen begriffen ist. Vor 100 Jahren erreichte der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen in den USA 40 % (bei einem Bevölkerungsanteil von 65 %), heute sind es 13 % (bei einem Bevölkerungsanteil von 21 %). Besonders ausgeprägt ist die Erhöhung der Disparität seit 1949. Es beträgt die Zunahme des gesamten Sozialproduktes in den USA von 1949 bis 1955 50 %, die Abnahme des Anteils der Landwirtschaft 6 %; Zunahme des Anteils der Industrie und des Bergbaues 59 %.

Belgien:	Zunahme des landwirtschaftl. Anteils 13 %, desjenigen von Industrie u. Bergbau 29 %
Deutschland:	39 % zu 110 %
Italien:	27 % zu 80 %
Oesterreich:	47 % zu 56 % (etwas näher beisammen)
Alle OECDE-Länder:	24 % Zunahme des landw. Einkommens, 50 % Zunahme des Einkommensanteils in Industrie und Gewerbe.

In dieser Reihe macht nur Dänemark eine Ausnahme, wo in den genannten Jahren der Anteil der Landwirtschaft um 26 % gestiegen ist, derjenige der Industrie um 17 %. 1955 war noch die Zeit der guten Exportpreise für dänische Butter, Eier usw. Aber die Situation hat sich seither auch dort verschlechtert, und die dänischen Bauern sind in die gleiche Kostenklemme hineingekommen wie die der europäischen Industriestaaten.

Schweizer ist den Ursachen der Einkommensdisparität nachgegangen und stellt für die gemischten Volkswirtschaften, beispielsweise in den west- und nordeuropäischen Staaten, fest, daß der Agrarsektor infolge seiner ungünstigen Betriebs- und Produktionsstruktur von den Möglichkeiten der Produktivitätssteigerungen nicht unbeschränkt Gebrauch machen könne; zwischen ihm und der Industrie bleibe nach wie vor eine Produktivitäts-Disparität bestehen. Dazu komme, daß eine unter Umständen noch mögliche Produktions-Ausdehnung an der Unelastizität der Nachfrage scheitere. «Für die Einkommensdisparität zwischen der Landwirtschaft und der Industrie in hochentwickelten Altländern sind daher die strukturellen Unter-

schiede in Bezug auf die Produktivität und die Absatzmöglichkeiten, die zwischen den beiden Wirtschaftssektoren festgestellt werden konnten, verantwortlich zu machen.»

Diese wirtschaftspolitisch zwar willkommen einfache Erklärung ist wissenschaftlich jedoch *sehr schwer zu begründen*. Vorab ist es unrichtig, die Produktivität ausschließlich am Arbeitsaufwand messen zu wollen. Man müßte sie vielmehr richtigerweise auf den Gesamtaufwand beziehen, und in dieser Hinsicht sind viele Industrien, die sich in den letzten Jahren übermechanisieren mußten, auch nicht günstiger dran als die Landwirtschaft. *Kneschauek* (St. Gallen) stellt jedenfalls für die Schweiz heraus, daß *die Produktivitätszunahme zwischen der Industrie und der Landwirtschaft in der Schweiz nicht wesentlich verschieden ist* (ca. 1,4 % pro Jahr gegenüber 1 1/2 % je Jahr), aber andererseits der große tertiäre Sektor keine oder eine nur sehr geringe Produktivitätszunahme aufweist (0,4 %), während von dieser Seite her gleichzeitig das Lohnniveau für Dienstleistungen und damit auch für alle Branchen maßgeblich und über die Lebenskosten hinaus gesteigert werde. Tatsächlich gehen ja auch bei den derzeitigen Arbeitszeitverkürzungen die privaten Verwaltungen und die Banken voran und es ist in der Schweiz schon so weit, daß man für Betriebe, wo am Samstag gearbeitet wird, bald keine junge Bürohilfskraft mehr findet.

Wenn die «strukturellen Unterschiede in bezug auf die Produktivität maßgebend» wären, so müßte dies z. B. gegenüber der gewerblichen Wirtschaft ebenso geltend gemacht werden, die in Europa noch zur Hauptsache auf Kleinbetrieben aufgebaut ist. Prof. *Gutersohn* hat unlängst ein interessantes Gutachten veröffentlicht über «*Das Gewerbe und seine Bedeutung für die moderne Wirtschaft*» und darin festgestellt, daß sich die Handwerker und die kleineren Betriebe des Handels und der Dienstleistungszweige wieder und entgegen einer weit verbreiteten Meinung in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung zu behaupten vermochten. «Die überraschende Lebenskraft des Gewerbes beruht darauf, daß Produktions- und Konsumgüter, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter auf die individuell unterschiedlichen, praktischen Wünsche des kaufenden Publikums abgestimmt werden konnten. Der differenzierte Bedarf in den europäischen Volkswirtschaften erwies sich als gewichtig genug, um den gewerblichen Betriebsformen ihren Lebensraum zu bewahren, d. h. die Bedingungen zu erhalten, unter denen die Leistungsdifferenzierung des Gewerbes erfolgen konnte.» Aber diese Leistungsdifferenzierung, die nicht identisch ist mit der

Spezialisierung, ist in der landwirtschaftlichen Primärgüter-Produktion nicht oder doch viel weniger möglich, und dort, wo sie auftritt, ist die Differenzierung nicht Sache der Produktion selber, sondern der agro-technologischen Verarbeitungsbetriebe, wobei der Anteil des Rohstoffes am Preis des konsumfertigen, ja pfannenfertigen Produktes nur noch ein sehr geringer ist (26 bis 30 %).

Eine Kartoffel bleibt eine Kartoffel; es gibt nur gewisse kleine Eignungsunterschiede nach Sorten — die aber der Hausfrau oft nicht einmal geläufig sind. Bei der Patisserie jedoch, wo es vor 25 Jahren nur einige 10er- und 20er-Stückli gab, gibt es heute ein unglaubliches Sortiment, für die man 35 und 40 Rp. zahlt. Im Kleingewerbe ist der handwerklich tüchtige und kaufmännisch geschulte Kleinbetriebsleiter gegenüber der Fabrik und deren Serien-Fabrikation bleibend im Vorsprung, solange die Menschen Nahrung, Kleidung, Wohnung nicht völlig uniformieren und nicht alle das gleiche Fabrikat in Konservenform oder verlorener Packung konsumieren müssen. Dazu kommt, daß es für diese differenzierten Leistungen vielfach *überhaupt keinen Preiswettbewerb*, auch keine wirkliche Preisvergleichsmöglichkeiten gibt. Wenn man einen Handwerker haben muß für eine Reparatur im Haus, wenn man zum Schneider gehen muß, um einen Mantel flicken zu lassen, so kann man nicht lange fragen, was es kostet und allenfalls noch einen Konkurrenten konsultieren; und selbst wenn man das bei einem Umbau des Hauses oder einem Neubau machen will, so erhält man von 3 bis 4 verschiedenen Unternehmern die gleiche Offerte, die von der gemeinsamen Berechnungsstelle aufgestellt wurde, und Abgebote sind bei Vollbeschäftigung sozusagen nicht erhältlich. Diese Preise beeinflussen auch den Lebenskostenindex nicht und sind damit weitgehend «tabu», während bei der landwirtschaftlichen Preispolitik entscheidend ist, ob und wieviel durch die Milch-, die Kartoffel-, die Eier- und Obstpreise — diese oft zum Fetisch gewordene Maßzahl der Lebenskosten — ansteigt, und man mit jedem kleinen Anstieg riskieren muß, daß die Lohnspirale von irgendeiner Seite wieder gedreht wird.

Die Landwirtschaft ist bei der ganzen Preis/Lohn-, heute übrigens viel mehr Lohn/Preis-Spirale sozusagen immer der Prügeljunge. Das ist ganz besonders der Fall in jenen Ländern, in denen der tertiäre Sektor die relativ höchsten Zahlen der Beschäftigten erreicht. So ist der Anteil des Sektors Dienstleistungen in USA bereits auf 51,8 % angestiegen, in Frankreich

auf 44,5 % und in der Schweiz auf 36,9 %, während der Anteil des industriellen Sektors, beispielsweise in England, sich nicht mehr veränderte, und in der Schweiz nur auf 46,3 % im Jahre 1950 anstieg. Diese Zuwanderung zum tertiären Sektor der sog. «Dienstleistungen» kann sicherlich als Indiz genommen werden dafür, daß die Einkommensverhältnisse keinesfalls schlechter sein können als im Industriesektor. Und wenn zwischen diesen beiden Sektoren keine Einkommensdisparität besteht, obwohl der Sektor der Dienstleistungen in bezug auf die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung dem industriellen Sektor bei weitem unterlegen ist, so beruht dies darauf, daß der 3. Sektor eine Art Komplementär-Sektor zu den übrigen Sektoren ist, deren Weiterentwicklung maßgeblich vom Aufschwung des Dienstleistungssektors abhängt. Er erbringt seine Leistung nur gegen ein zu andern Verdienstmöglichkeiten paritätisches Einkommen.

*Fourastié* führt zu diesem Problem aus: «Ein Coiffeur/Frisör in New-York muß, obwohl er nicht schneller arbeitet als sein Berufskollege im unterentwickelten Indien, ebenso hoch für seine Arbeit bezahlt werden wie ein Metallarbeiter in Chicago, der in 800 Arbeitsstunden einen «Ford» konstruiert. Würde er nämlich nicht so hoch bezahlt, so gäbe er seine Beschäftigung auf und würde in die Auto-Industrie abwandern.»

In einer autarken Volkswirtschaft nimmt der Agrarsektor auch eine dementsprechend wichtige und unersetzliche Stellung ein. Sobald aber Agrarprodukte vom Ausland bezogen werden können — Produkte ungefähr gleicher Art und Beschaffenheit —, so verliert er diese Bedeutung für die Volkswirtschaft. Für den «dritten Sektor» besteht dagegen die Gefahr einer preislichen Unterbietung von Seiten des Auslandes nicht, da dieser im Gegensatz zu den Weltmarktsgütern des Agrarsektors eine Art «reiner Binnenmarktsgüter» hervorbringt, und das führt — neben andern Momenten — zu einer Verschlechterung der Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft, soweit diese vom Ausland preislich unterboten werden kann.

Es bestehen nun allerdings auch bei den industriellen Erzeugnissen zwischen verschiedenen hoch entwickelten Volkswirtschaften Preisdisparitäten, und zwar in der Art, daß die Preise für diese Erzeugnisse in den unterentwickelten Ländern am höchsten, in den hochentwickelten Altländern wesentlich niedriger und in den hochentwickelten Neuländern am niedrigsten sind. *Fourastié* — von dem diese Berechnungen stammen —

hat noch anderes festgestellt. So soll ein Autopneu, 600×16, in Aegypten 6000 frz. Fr. (alte) kosten, in Frankreich 3300 frz. Fr., in USA 3200 frz. Fr.

Für 1 m<sup>3</sup> Gas gibt er an: Aegypten 16, Frankreich 11, USA 5 frz. Fr.

Solche Unterschiede beruhen vor allem auf dem Produktivitätsgrad, aber es ist eben so, daß die Produktivitätsfortschritte der Industrie innerhalb der Industriestaaten nicht oder nur teilweise an die Abnehmer weitergegeben werden in Form von Preissenkungen. Jedenfalls erklärt sich die eklatante Disparität über das Öffnen der Preisschere zwischen Agrarprodukten und Produktionsmitteln und Bedarfsartikeln in den Industrieländern nur daraus.

Auf Grund aller dieser Betrachtungen muß man in bezug auf die *Hauptursache der Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie* zum nämlichen Ergebnis kommen, wie dies in einem Vortrag über «Wettbewerbsordnung und Landwirtschaft» an der Generalversammlung des Europäischen Landwirtschaftsverbandes (in Wien im Herbst 1958) der Fall war: *Es besteht auf den Weltmärkten keine Wettbewerbsordnung mehr; die Bedingungen des echten inneren Wettbewerbes, nämlich Gleichheit des Entgeltes bzw. des Preises gleicher, qualitätsbedingter produktiver Dienste, ist nicht mehr vorhanden.* Die heutige westliche Wirtschaft soll und muß aber doch eine Wettbewerbswirtschaft bleiben. Es soll allen Anbietern an Produktionsmitteln und von Produkten der Landwirtschaft möglich sein, sich «um die Wette zu bewerben». Der Wettbewerb soll für alle im Wirtschaftsprozeß Tätigen möglich sein. Die kartellistischen Bindungen dürfen keinen Monopol-Charakter annehmen und nicht zur Marktschließung führen. Es darf ferner — und das gilt namentlich für den Markt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen —, auch nicht dauernd möglich sein, den Markt mit unechtem Wettbewerb, ganz besonders nicht mit Raubbaukonkurrenz (Bodenzerstörung) und sozialem Dumping, zu unterbieten. Es muß vielmehr eine Wettbewerbsordnung geschaffen oder wiederhergestellt werden, welche es ermöglicht, daß «der Boden in Europa mit jener Vielgestaltigkeit und jener Intensität genutzt werden kann, die gleichzeitig Voraussetzung für die Erhaltung von dessen Fruchtbarkeit und für die Weiterexistenz eines lebensstüchtigen Bauernstandes ist» (Wahlen). Hiezu bedarf es einerseits der Staatsmaßnahmen, welche darin bestehen müssen,

die Wettbewerbssituation der einheimischen Landwirtschaften sowohl gegenüber Industrie und Gewerbe als namentlich gegenüber der Raubbaukonkurrenz und dem übrigen unechten Wettbewerb zu festigen (wobei diese Maßnahmen nicht als Schutzmaßnahmen, sondern als *Ausgleichsmaßnahmen* zu bezeichnen sind), und andererseits der rückhaltlosen und fairen Zusammenarbeit der Landwirtschaft von Europa. Hierzu gehört vor allem der Verzicht auf gegenseitige Unterbietungen bei vorübergehenden Produktionsüberschüssen. Im «Wiener Manifest» des Verbandes der europäischen Landwirtschaft ist das mit aller Deutlichkeit als vornehmste Forderung der europäischen Landwirtschaft herausgestellt worden.

Kann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dieser Forderung der europäischen Bauern zum Durchbruch verhelfen? Im *EWG-Vertrag*, Art. 39, heißt es über die *Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik u. a.*:

Es soll angestrebt werden:

a) Die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschrittes und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und dem bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;

b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;

c) die Märkte zu stabilisieren;

d) die Versorgung sicherzustellen;

e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen

Preisen Sorge zu tragen;

und bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik sei zu berücksichtigen:

a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt,

b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen,

c) die Tatsache, daß die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Das erscheint als Zielsetzung richtig; doch ist ein Pferdefuß zu erkennen: Es wird nur immer von «Landwirtschaft» gesprochen. Wir haben aber in Mitteleuropa, in Nordwest- und Nordeuropa eine besondere Landwirtschaft, es ist die bäuerliche Landwirtschaft, was man weder in England noch in großen Teilen von Frankreich und Italien, auch nicht in den Vereinigten Staaten in der europäischen Ausprägung kennt.

In die Gruppe derjenigen Betriebe, die den Autoren des Römervertrages vor Augen schwebte, jener Betriebe, die man farmmäßig, vor allem mit Boden und Kapital, d. h. mit Maschinen und wenig Menschen bewirtschaften kann und woher – wenigstens was Getreide und Schlachtvieh anbetrifft – die billigsten Erzeugnisse stammen, fallen in ganz Mitteleuropa nur relativ wenig Höfe. In Frankreich, Italien und anderswo sind es zudem oft die Betriebe, die man noch mit billigen Arbeitskräften, und weiter im Süden, in Spanien, in Nordafrika, sogar mit untermarginalen Löhnen, gewissermaßen barfuß bearbeiten lassen kann, bei deren Produkten aber die Handelsmargen, bis die Erzeugnisse dem Konsumenten in Zürich, Frankfurt und Hamburg zur Verfügung stehen, das Doppelte und das Mehrfache des Produzentenerlöses ausmachen und aus diesem Grunde für den gesamten Handel auch besonders «interessant» sind.

Es ist auch festzustellen, daß es den Spitzenleuten in der EWG ähnlich, wie das schon z. T. in der OECE der Fall war, vor allem um den niedrigen landwirtschaftlichen Produktpreis geht.

Um die Tragweite einer Politik der billigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse für unsere bäuerlichen Familienbetriebe voll erfassen zu können, muß man sich bewußt sein, daß die landwirtschaftlichen Produktionsmittelpreise und die Entschädigungen für Dienstleistungen (Löhne) nicht sinken werden, auch dann nicht, wenn dies marktmäßig geboten wäre. Denn in der Zeit der «gestörten Ordnung» zwischen 1914 und 1948 hat sich eine dritte Kraft in die Wirtschaft eingeschaltet, die immer mächtiger geworden ist und heute in Industrie, Gewerbe und Handel selbst die staatliche Macht übertrifft: Es ist dies das Kartellwesen, von dem es im Bericht einer schweizerischen amtlichen Kommission heißt, daß es bereits zum Unwesen ausgeartet sei und zum Machtmißbrauch führte.

«Dieser Machtmißbrauch ist es, der den Staat zwingt, zwecks Erhaltung eines für die gesamte Volkswirtschaft und ebenso für Recht, Sitte und Freiheit unerlässlichen Maßes an «Marktwirt-

schaft» korrektiv zu intervenieren. Von diesem szenischen Hintergrund vollzieht sich das Spiel der Wettbewerbsgesetzgebung, die heute sozusagen in allen Ländern aktueller Gegenstand der Wirtschaftspolitik und Rechtsschöpfung ist.»

Es ist eine geschichtlich erwiesene und oftmals erhärtete Tatsache, daß der Bauernstand in einer Großraumwirtschaft, einer von oben dirigierten Wirtschaft, nicht existieren kann, sondern zwischen andern Interessen zermalmt wird.

*(Nach einem 1959 in St. Wolfgang gehaltenen Vortrag.)*